

Schweizer Geld für islamistischen Terror

Von Dominik Feusi, Bern.

Wie der Bund mit Entwicklungshilfe für Gaza zweifelhafte Organisationen finanziert und somit indirekt auch Terroristen unterstützt. Jährlich fliessen 20 Millionen Franken.

Die Schweiz schickt Millionen in den Gazastreifen und kontrolliert deren Verwendung bloss aus der Distanz. Die Anzeichen mehren sich, dass dieses Geld in falsche Hände gerät: etwa in jene der Hamas, welche die Vernichtung Israels und der Juden im Sinn hat.

Weil die Hamas in Schulen der UNO Waffen lagert und dort Eingänge zu ihren Tunnels gebaut hat, wurden diese Schulen zu Zielen für die israelische Armee. UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon verurteilte die Benützung der Schulen für terroristische Zwecke scharf. Wer dafür verantwortlich sei, gefährde das Leben von unschuldigen Kindern.

UNO gibt Raketen zurück

In einer Schule wurden zwanzig Raketen gefunden, in einer anderen ist die Zahl nicht bekannt, weil lokale UNO-Mitarbeiter die Raketen weggeschafft hätten. Bei einem dritten Fund bestätigte ein UNO-Sprecher gar, dass die Raketen an die «lokalen Verantwortlichen» zurückgegeben worden seien. Diese sind niemand geringerer als die Hamas.

Schon in den Konflikten 2008/2009 und 2012 hatte die Hamas Waffen verteilt in zivilen Gebäuden gelagert. Fragen der BaZ an die UNRWA, das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge, das für die Schulen verantwortlich ist, blieben gestern unbeantwortet.

Für die UNO und die Hamas

Die UNO betreibt in Gaza insgesamt 69 Schulen. Dorthin flüchteten während des neusten Konfliktes rund 100'000 Personen. Die UNRWA ist die grösste Einzelorganisation der UNO. Ihr Budget beträgt rund zwei Milliarden Dollar pro Jahr. Heute beschäftigt die UNRWA fast 30'000 Mitarbeiter in verschiedenen Teilen

des Nahen Ostens. Fast alle sind Araber, im Gazastreifen auch viele Mitglieder der Hamas.

Die UNRWA lässt ihre Mitarbeiter zwar ein Formular unterschreiben, dass sie keine politischen Verbindungen haben und die neutrale Haltung der Vereinten Nationen respektieren, die Inhalte, die an den Schulen gelehrt werden, sind es aber nicht. Da wird offen gelehrt, was die Hamas fordert: einen palästinensischen Staat, der vom Mittelmeer bis zum Jordan reicht, also die Auslöschung Israels.

Aussendepartement kontrolliert nicht direkt

Die Organisation wird fast ausschliesslich durch Beiträge einzelner Länder unterstützt. Die Schweiz beteiligt sich gemäss Auskunft des Aussendepartements (EDA) mit rund 20 Millionen Franken pro Jahr (57,8 Millionen Franken für 2012–2014). Das EDA verurteilt gegenüber der BaZ jeglichen Missbrauch von zivilen Einrichtungen für militärische Zwecke. Das humanitäre Völkerrecht müsse «unter allen Umständen» eingehalten werden. Auf die von arabischer Seite bestätigte Taktik der Hamas, Menschen als Schutzschilder zu verwenden, geht das EDA nicht ein.

Und wie kontrolliert die Schweiz, dass ihre Millionen nicht weiterhin für Terroraktivitäten verwendet werden? Das EDA verweist darauf, dass die UNRWA eine anerkannte UNO-Agentur sei und ihre Mittel für humanitäre Zwecke verwende. Das EDA erhalte die Berichte der UNRWA und verfolge die Verwendung der Gelder. Zudem stehe man mit der Organisation in einem regelmässigen Kontakt. Das EDA unterstützt denn auch die Forderung der UNO, die Fälle von Waffendepots in Schulen zu untersuchen und Waffen inskünftig zu vernichten.

Blauäugiges Geldverteilen

Wie blauäugig die Schweiz Geld verteilt, lässt sich auch an einem anderen Beispiel aufzeigen. Bis Juni 2017 erhält das Human Rights and International Humanitarian Law Secretariat (Sekretariat für Menschenrechte und humanitäres Recht) in Gaza und Ramallah insgesamt drei Millionen Franken, welche die Stelle an palästinensische Nichtregierungsorganisationen weiter verteilt. Dazu gehören auch - Organisationen, die zum Boykott israelischer Produkte aufrufen, was der Bundesrat erst kürzlich noch als «nicht konstruktive Massnahme» bezeichnete.

Doch auch das Sekretariat selber ist alles andere als eine neutrale Anlaufstelle. Auf seinem Kurznachrichtenkanal verbreitet es ausschliesslich Informationen der

palästinensischen Seite. Bei der neusten Ausschreibung für Projekte stellte das Sekretariat offen klar, auf welcher Seite es steht. In den Ausschreibungsunterlagen heisst es, die Mehrheit der Verstösse im «besetzten» Gazastreifen werde gegen palästinensische Zivilisten und zivile Einrichtungen begangen. Dementsprechend wurden Gelder an Organisationen verteilt, welche vor allem Menschenrechtsverstösse der israelischen Streitkräfte dokumentieren.

SVP fordert mehr Kontrolle

Wer die Schweizer Parteien zu dieser indirekten Unterstützung von fragwürdigen Organisationen befragt, erhält vor allem ausweichende Antworten. Weder SP, CVP oder FDP fragen sich, ob die Schweizer Entwicklungshilfegelder richtig verwendet werden. Die Grünen fordern eine Erhöhung dieser Budgets.

Einzig die SVP fordert die bessere Kontrolle von Geldern, die an internationale Organisationen gehen, weil deren Verwendung «einer Kontrolle durch die Öffentlichkeit in der Schweiz weitgehend entzogen» sei. (Basler Zeitung)

Erstellt: 05.08.2014, 14:15 Uhr

baz.online, online@baz.ch